

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 99

Kartenzahlung und Verbraucherverschuldung aus rechtlicher Sicht

Von

Georg Streit



Duncker & Humblot · Berlin

GEORG STREIT

**Kartenzahlung und Verbraucherverschuldung
aus rechtlicher Sicht**

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 99

Kartenzahlung und Verbraucherverschuldung aus rechtlicher Sicht

**Von
Georg Streit**



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Streit, Georg:

**Kartenzahlung und Verbraucherverschuldung
aus rechtlicher Sicht / von Georg Streit. –**

Berlin : Duncker und Humblot, 1997

(Schriften zum Wirtschaftsrecht ; Bd. 99)

Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 1996

ISBN 3-428-08831-X

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-026X

ISBN 3-428-08831-X

**Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 **

Meinen Eltern

Vorwort

Die Arbeit lag im Wintersemester 1995/96 der juristischen Fakultät der Universität Mannheim als Dissertation vor. Rechtsprechung und Literatur sind bis Dezember 1995, zum Teil auch bis April 1996 berücksichtigt.

Zu danken habe ich meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jochen Tautpitz. Er hat die Arbeit stets mit konstruktiver Kritik gefördert und war jederzeit gesprächsbereit. Daneben bin ich auch Herrn Professor Dr. Peter E. Herzog von der Syracuse University, New York, verpflichtet, der mir durch zahlreiche Hinweise einen schnellen Einstieg in das amerikanische Recht vermittelte. Herrn Professor Dr. Karl-Otto Scherner danke ich für die Übernahme und die schnelle Erstattung des Zweitgutachtens, den zahlreichen Praktikern, die mir Einblicke in ihre Arbeit gewährten, für ihre Mühen und ihr Vertrauen.

Nicht zuletzt bin ich denjenigen dankbar, die mir durch ihre Liebe und Freundschaft erst ermöglichten, diese Arbeit zu schreiben.

Mannheim, August 1996

Georg Streit

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Problemstellung, rechtliche und rechtstatsächliche Grundlagen	25
A. Einführung	25
I. Problemstellung	25
II. Gang der Darstellung	26
B. Kreditkartenmarkt und rechtliche Grundlagen der Kartenzahlung	28
I. Rechtstatsachen zur Kreditkarte.....	28
1. Entwicklung der Kreditkartenverfahren	28
2. Kartenarten und Rechtstatsachen zur Kreditkarte in Deutschland	29
a) Kundenkarten.....	30
b) Mehrparteienkreditkarten.....	32
aa) Debit Cards und EFTPOS (Debit Karten)	33
bb) Charge Cards (Charge Karten)	35
cc) Credit Cards (Kreditkarten mit Teilzahlungsoption)	35
c) Die Anlaufphase des Kreditkartengeschäftes in Deutschland	36
d) Der Einstieg der Kreditinstitute in das Kartengeschäft	36
e) Durchsetzung der Karten als allgemein übliches Zahlungsmittel.....	37
aa) Marktverhalten der Kartenherausgeber	37
bb) Entwicklung der Karteninhaberzahl und Marktanteile.....	41
cc) Akzeptantenstellennetz.....	43
dd) Einordnung der ec-Karten	44
ee) Transaktionen, Umsätze und Gewinne mit Kreditkarten in Deutschland	46
3. Rechtstatsachen zur Kreditkarte in den USA	48
a) Verbreitung der Kreditkarten in den Vereinigten Staaten	48
b) Die Umsätze mit Kreditkarten und Gewinne der Kartenherausgeber....	50
4. Vergleich der deutschen und der amerikanischen Situation.....	53
II. Rechtliche Grundlagen der Kartenzahlung	56
1. Das Zwei-Partner-System.....	57
2. Die Mehrparteien-Systeme.....	58
a) Drei-Parteien-Systeme und Mehrparteien-Verfahren	58
b) Die Vertragsbeziehungen bei den Mehrparteienkarten im einzelnen	60
aa) Das Rechtsverhältnis zwischen Kartenherausgeber und Vertragsunternehmen	60

bb) Das Rechtsverhältnis zwischen Kartenherausgeber und Karteninhaber.....	61
3. Besonderheiten in den USA	63
C. Rechtstatsachen zur Verbraucherschuldung und Entwicklungstendenz.....	64
I. Verbraucherschuldung in der Bundesrepublik.....	64
1. Allgemeine Zahlen zur Verschuldungssituation im Konsumentenkredit	64
2. Entwicklungstendenz und Auswirkungen der Kreditaufnahme über Karten	68
II. Zum Vergleich: Die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA	72
D. Verschuldungs- und Überschuldungsgefahren als Folge der Kartenzahlungssysteme	76
I. Allgemeine Gefährdungsmomente der Kartenzahlung.....	77
1. Die verführende Bequemlichkeit der Eingehung von Verpflichtungen mit Hilfe der Karte	77
a) Die Konsumententscheidung: Der Abschluß der Verträge im Valutaverhältnis	77
b) Die Kreditentscheidung: Die Inanspruchnahme von Krediten mittels Karten.....	82
2. Gefahr des Kontrollverlustes aufgrund der Kartenzahlung.....	85
3. Verschuldungsgefahr aufgrund zivilrechtlicher Haftung für Mißbrauchsschäden?.....	89
a) Mißbrauch seitens der Emittenten oder der mit der Abwicklung betrauten Stellen.....	90
b) Mißbrauch seitens der Vertragsunternehmen	91
c) Mißbrauch durch Dritte	92
d) Ergebnis	95
II. Nachteilige rechtliche Ausgestaltung der Kreditbedingungen bei Kreditkarten mit Teilzahlungsfunktion	96
1. Die Ausgestaltung des Kredites durch die AGB bei Kreditkarten mit Teilzahlungsoption.....	97
a) Zinssatz.....	97
b) Art der Kontoführung.....	98
c) Kreditrahmen und Inanspruchnahme	99
d) Die Rückführung des Kredites	100
2. Besondere Gefährdung der Karteninhaber durch die Ausgestaltung des Kreditkartenkredites	101
a) Unterschiede zwischen Kartenkrediten und Raten- bzw. Dispositionskrediten	101
b) Nachteile des Kreditkartenkredits	103
aa) Ausgestaltung des Kartenkontos als Kontokorrent und Tilgungsweise	103
bb) Ratenfinanzierung durch sukzessive Kreditinanspruchnahme	110
cc) Zinsänderungsrisiko	111

III. Transparenz von Ausgabe- und Konsumverhalten.....	112
IV. Gefährdung der Bonitätsprüfung und Überwachung durch die Kreditgeber als Folge der Kartenzahlung.....	117
V. Zusammenfassung	123
E. Zusammenfassende Thesen zu § 1	124
§ 2 Nachträglicher Schutz des überschuldeten Verbrauchers mittels der Pfändungs- freigrenzen und über das Institut der Restschuldbefreiung?.....	127
A. Einführung.....	127
B. Nachträglicher Schutz in Deutschland.....	129
I. Pfändungsschutzvorschriften, Erträglichkeit fortbestehender Schuld	129
II. Restschuldbefreiung, nachträgliche Beseitigung bestehender Schulden	131
1. Konkursordnung	131
2. Insolvenzordnung.....	133
a) Die Entwicklung zur neuen Insolvenzordnung.....	133
b) Die Restschuldbefreiung für Verbraucher nach der InsO von 1994.....	134
aa) Das Insolvenzverfahren	135
(1) Eröffnung und vorgelagertes Schuldenbereinungsverfahren	135
(2) Verwaltung, Verwertung und Verteilung	137
(3) Aufhebung des Insolvenzverfahrens und Nachforderungsrecht ..	137
bb) Das Verfahren zur Restschuldbefreiung.....	138
(1) Antragstellung durch den Verbraucher und Entscheidung über die Ankündigung der Restschuldbefreiung	138
(2) Wohlverhaltensperiode.....	138
(3) Die Entscheidung über die Restschuldbefreiung und deren Wirkung.....	139
cc) Ausschluß der Restschuldbefreiung	140
(1) Überblick	140
(2) Abweisung des Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfah- rens mangels Masse und die Einstellung des Verfahrens mangels Masse	140
(3) Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 InsO.....	141
(4) Versagung der Restschuldbefreiung wegen Obliegenheitsverletzungen während der Wohlverhaltensperiode, § 296 InsO und die Versagung gem. § 297 InsO	145
(5) Versagung wegen Fehlens der Mindestvergütung des Treuhänders, § 298 InsO.....	146
(6) Widerruf der Restschuldbefreiung gem. § 303 InsO	147
III. Zusammenfassung	147

C.	Nachträglicher Schutz in den Vereinigten Staaten.....	148
I.	Einführung.....	148
II.	Pfändungsschutz.....	151
III.	Restschuldbefreiung aufgrund des Bankruptcy Code.....	153
1.	Die dem Verbraucher offenstehenden Verfahren nach dem Bankruptcy Code der USA.....	153
a)	Das Liquidationsverfahren nach Chapter 7 des Bankruptcy Code.....	153
b)	Das Reorganisationsverfahren gem. Chapter 11 des Bankruptcy Code.....	154
c)	Das Schuldenbereinigungsverfahren gem. Chapter 13 des Bankruptcy Code.....	154
d)	Zahlenmäßiges Verhältnis der Verfahrensarten zueinander.....	155
2.	Ausgestaltung der Verfahren im einzelnen.....	156
a)	Voraussetzungen und Ablauf des Liquidationsverfahrens nach Chapter 7 des Bankruptcy Code.....	156
aa)	Eröffnungsantrag und Verbot der Einzelrechtsverfolgung.....	156
bb)	Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Masse.....	157
cc)	Zurückweisung des Insolvenzantrags („dismissal“).....	158
dd)	Die Restschuldbefreiung („discharge“) als Folge des Liquidationsverfahrens: Gewährung, Verweigerung und Widerruf.....	160
b)	Voraussetzungen und Ablauf des Schuldenbereinigungsverfahrens nach Chapter 13.....	161
aa)	Schuldenbereinigungsplan.....	162
bb)	Widerspruchsmöglichkeit gegen die Plangenehmigung nach 11 U.S.C. §§ 1324, 1325 (b).....	163
cc)	Wirkung der Planbestätigung und Planerfüllung.....	164
dd)	Restschuldbefreiung beim Schuldenbereinigungsverfahren.....	165
3.	Schutzeffizienz der Möglichkeiten einer Restschuldbefreiung nach dem Bankruptcy Code.....	166
D.	Vergleich der Schutzwirkungen der InsO und des Bankruptcy Code.....	168
I.	Verfahrenskonstruktion und Zugriffsmöglichkeiten.....	168
II.	Verfahrensdauer.....	169
III.	Unpfändbarkeitsvorschriften und Einschränkung der Zugriffsmöglichkeit.....	170
IV.	Die Gründe für eine Ablehnung der Verfahrenseröffnung oder der Restschuldbefreiung.....	171
E.	Ergebnis zu § 2.....	175

§ 3 Schutz vor mißbräuchlichen Praktiken und unangemessenen Vertragsbedingungen..	178
A. Staatliche Aufsicht.....	178
I. Staatliche Aufsicht über das Kredit- und Kreditkartengeschäft in Deutschland.....	178
1. Die Kartenverfahren und die Verbraucherkreditvergabe als Objekt staatlicher Aufsicht in Deutschland.....	178
a) Zahlungskartenherausgeber als Kreditinstitute.....	179
aa) Betreiben des Kreditgeschäftes im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG.....	179
bb) Übernahme von Garantien gem. § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG.....	181
cc) Betreiben des Girogeschäftes im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 KWG.....	182
b) Zahlungskartenherausgeber als Finanzinstitute gem. § 1 Abs. 3 Nr. 4 KWG.....	183
c) Zwischenergebnis.....	183
2. Möglichkeiten der Aufsichtsbehörde im Hinblick auf eine zunehmende Verbraucherverschuldung durch den Gebrauch von Kreditkarten.....	184
3. Ergebnis.....	188
II. Staatliche Aufsicht über Kreditkartenverfahren und Verbraucherkreditvergabe durch die Bundesbehörden in den USA.....	188
B. Möglichkeiten der Kontrolle von Verträgen in Deutschland.....	190
I. Vertragsinhaltskontrolle aufgrund des AGBG.....	190
1. Schutz im Individualprozeß.....	192
2. Möglichkeit vorbeugenden Schutzes im Verbandsprozeß gem. § 13 AGBG.....	194
3. Einzelne Klauseln der Kartenkreditverträge auf dem Prüfstand der AGB-Kontrolle.....	196
a) Ausgestaltung der Kartenkredite als Kontokorrent.....	197
aa) Überraschungsklausel gem. § 3 AGBG.....	197
bb) Kontrollfähigkeit gem. § 8 AGBG.....	198
cc) Kontrolle gem. § 9 AGBG.....	200
(1) Zinseszinsverbot nach § 248 Abs. 1 BGB.....	200
(2) Voraussetzungen für eine mögliche Ausnahme vom Zinseszinsverbot nach § 355 HGB.....	200
(3) Angemessenheit der AGB-förmigen Vereinbarung der Ausnahme.....	203
b) Effektivierung des Kontokorrents durch Verkürzung der Kontokorrent- und Zinsfälligkeitsperioden.....	204
c) Die Klauseln bezüglich der Mindestzahlungspflicht des Karteninhabers.....	207
d) Zinsänderungsklauseln.....	209

e) Rückwirkende Verzinsung bei nicht vollständiger Begleichung der Monatsabrechnung.....	210
3. Ergebnis	212
II. Äquivalenzkontrolle, Begrenzung der Zinshöhe	212
1. Einführung	212
2. § 138 BGB als flexible Zinsobergrenze	214
a) Tatbestand der Zinsobergrenze im deutschen Recht	215
aa) Der objektive Tatbestand des wucherähnlichen Geschäftes	216
bb) Der subjektive Tatbestand des wucherähnlichen Geschäftes	217
b) Überprüfung von Kreditkartenkrediten anhand der Kriterien des wucherähnlichen Geschäftes gem. § 138 Abs. 1 BGB.....	218
aa) Auffälliges Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung bei Kreditkarten- und Dispositionskrediten	219
bb) Sonstige belastende Umstände des Kreditkartenkredites neben den Zinsen – Neubewertung der erforderlichen Marktzinsüberschreitung.....	222
(1) Kreditkartenkredite	222
(2) Dispositionskredite.....	225
cc) Das subjektive Sittenwidrigkeitselement.....	226
3. Ergebnis zum Schutz der Verbraucher vor Verschuldung durch Äquivalenzkontrolle und Zinsobergrenzen im deutschen Recht	229
C. Kontrolle der Verträge über Karten und Kartenkredite in den USA.....	230
I. Inhaltskontrolle der Kreditkartenverträge.....	230
II. Zinsobergrenzen in der amerikanischen Verbraucher kreditgesetzgebung.....	233
1. Einführung	233
2. Die Diskussion über Zinsobergrenzen auf Bundesebene	236
3. Regelung von Zinsobergrenzen in den Einzelstaaten	240
4. Flexible Lösungen aufgrund des common law	245
D. Vergleich und Ergebnis zum Schutz der Verbraucher vor Überschuldung aufgrund einer Kontrollmöglichkeit der Verträge	246
I. Kontrolle vorformulierter Klauseln	246
II. Äquivalenzkontrolle	247
E. Die rechtliche Beurteilung der Bonusprogramme	248
I. Beurteilung der Bonusprogramme nach deutschem Recht.....	248
1. Bonusprogramme und Zugabeverordnung	249
2. Bonusprogramme und Rabattgesetz.....	252
a) Barzahlungsnachlässe gem. §§ 2 ff. RabattG.....	255
b) Mengenrabatte gem. §§ 7 und 8 RabattG.....	256
3. Ergebnis zur Zulässigkeit nach deutschem Recht	257
II. Frage der Zulässigkeit im Hinblick auf das EG-Recht.....	258
1. EG-rechtliche Ausgangssituation bis Ende 1993	258

2. Die Situation nach der Rechtsprechungsänderung des EuGH in der „Keck-Entscheidung“	260
III. Ergebnis	262
F. Beschränkung des Marketings zum Kartenabsatz	263
I. Einsatz von Laienwerbern	263
II. Kostenlose Vergabe der Karte beim Erwerb anderer Produkte	264
III. Zugaben zur Karte	266
IV. Ergebnis	266
G. Ergebnisse zu § 3	267
§ 4 Schutz vor Verschuldung und Überschuldung durch Information und Förderung abgewogenen Verhaltens	269
A. Information und Schutz durch Verbraucherorganisationen	270
I. Deutschland	270
II. USA	273
III. Ergebnis	274
B. Schutz durch gesetzliche Informationspflichten	275
I. Schutz durch gesetzliche Informationspflichten in Deutschland	275
1. Schutz bei Abschluß des Kartenausgabevertrages	275
a) AGBG	275
b) Preisangabenverordnung	280
c) Verbraucherkreditgesetz	281
aa) Überblick	281
bb) Anwendbarkeit des VerbrKrG auf die Kartenausgabeverträge	282
(1) Der Emissionsvertrag einer Credit Card	282
(2) Der Emissionsvertrag einer Charge Card	288
(3) Der Emissionsvertrag bezüglich einer Debit Card	292
(4) Die Verträge über die angebotenen Girokonten	292
d) Ergebnis zur Information aufgrund gesetzlicher Vorschriften bei Abschluß des Kartenausgabevertrages	293
2. Informationspflichten im Zeitpunkt der Kreditnutzung	294
a) Angebot und Annahme eines Kreditvertrages bei der Kreditinanspruchnahme	296
b) Ausschluß eines Kreditvertrages bei Tranchenabruf durch das Vorliegen eines vorherigen Krediteröffnungsvertrages?	297
c) Schutzzweckbedingte Notwendigkeit der Anwendung des VerbrKrG auf den Vertrag über die Inanspruchnahme der einzelnen Tranchen	300
d) Praktikabilität der Anknüpfung von Informationspflichten an die konkrete Kreditinanspruchnahme	302

e) Schutzintensivierung durch an die einzelne Kreditnutzung anknüpfende Gesamtbetragsangaben	304
f) Ergebnis zur Anwendbarkeit des VerbrKrG auf die einzelne Kreditinanspruchnahme	306
3. Ergebnis zum Verbraucherschutz durch gesetzliche Informationspflichten	306
II. Gesetzliche Informationspflichten nach amerikanischem Bundesrecht	307
1. Einführung	307
2. Allgemeine Vorschriften	309
3. Anfängliche Aufklärung	311
a) Allgemeine Aufklärungspflichten („initial disclosure“)	311
b) Spezielle Regelungen für die Aufklärung der Verbraucher vor dem Vertragsschluß bei Charge- und Credit Cards („application and solicitation disclosure“)	312
4. Information im Zeitpunkt der Kreditnutzung („periodic disclosure“)	315
5. Geplante Erweiterungen im Rahmen des Gesetzentwurfs H.R. 1105 (H.R. 1842)	315
III. Vergleich der gesetzlichen Regelung zur Verbraucherinformation im deutschen und amerikanischen Recht	316
1. Einbeziehung und Gestaltung der Kreditkartenbedingungen, Durchsetzung der Informationspflichten	316
2. Umfang der Informationspflichten	318
IV. Zusammenfassende Thesen zum Schutz durch gesetzliche Informationspflichten	320
C. Förderung abgewogenen Verhaltens durch Bedenkzeit – Schutz durch Widerrufsmöglichkeiten	321
I. Einführung	321
II. Widerrufsrecht hinsichtlich des Kartenausgabevertrages	321
1. Das Widerrufsrecht des § 7 VerbrKrG	322
2. Folge eines Widerrufs des Kreditkartenausgabevertrages für Weisung und Zahlungspflicht des Karteninhabers	323
a) Folgen des Widerrufs des Kartenemissionsvertrages im Verhältnis Kartenherausgeber-Karteninhaber	323
b) Folgen des Widerrufs des Kartenausgabevertrages auf das Verhältnis zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen; Anwendbarkeit des § 9 Abs. 2 VerbrKrG?	324
III. Widerrufsmöglichkeit der konkreten Kreditgewährung und ihre Auswirkung auf den Vertrag im Valutaverhältnis	326
1. Mehrparteienverfahren	326
a) Widerrufsrecht in bezug auf die einzelne Kartennutzung?	326
aa) Widerrufsrecht nach § 7 VerbrKrG	326
bb) Widerrufsrecht nach allgemeinen Grundsätzen	327
b) Widerrufsrecht nach § 7 VerbrKrG in bezug auf die Kreditierung der Monatsabrechnung	328

aa) Bestehen des Widerrufsrechts	328
bb) Folgen der Ausübung des Widerrufsrechts.....	328
(1) Kein Kreditvertrag.....	328
(2) Keine Verpflichtung im Valutaverhältnis und daher keine Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Kartenherausgeber?...	329
(a) Zweckbindung der Kreditierung der Monatsabrechnung zur Finanzierung der Kartennutzung bei Mehrparteien- karten	330
(b) Wirtschaftliche Einheit bei der Gewährung von Kartenkrediten im Mehrparteienverfahren	332
c) Ergebnis	336
2. Kundenkarten mit Teilzahlungsoption	336
a) Widerruf hinsichtlich der Kreditverträge	336
b) Widerrufsfolgen – Vorliegen verbundener Geschäfte	336
aa) Zweckbindung.....	336
bb) Wirtschaftliche Einheit	337
IV. Widerrufsrecht aus einer analogen Anwendung der § 7 VerbrKrG, § 1 HaustürWG?	341
1. Lücke und Bedürfnis nach analoger Anwendung.....	341
2. Vergleichbarkeit der Regelungsziele und der geregelten Sachverhalte	341
a) § 1 HaustürWG	341
b) § 7 VerbrKrG	343
3. Ergebnis	343
V. Ergebnis zu den Möglichkeiten nachträglicher Korrektur durch Widerrufsrechte.....	343
D. Vertragliche Pflichten der Verfahrensbeteiligten	344
I. Vertragspflicht des Karteninhabers zur Beachtung finanzieller Nutzungsgrenzen.....	344
II. Pflicht des Vertragsunternehmens zur Beachtung des floor limits	346
III. Verhaltenspflichten der Kartenherausgeber und Kreditgeber als Mittel des Verbraucherschutzes vor zunehmender Verschuldung.....	347
1. „Obliegenheit zur Bonitätsprüfung“ zur Vermeidung der Sittenwidrigkeit von Krediten, die den Kreditnehmer überfordern?	347
2. Aufklärungs- und Beratungspflichten	348
a) Einleitung.....	348
aa) Funktion und Grenzen der Eignung von Aufklärungs- und Beratungspflichten	348
bb) Eingrenzung: Keine Pflicht zur Belastbarkeitsprüfung bei Kartenkrediten.....	350
b) Grundsätze zur Entstehung von Informationspflichten der Kreditinstitute	351
aa) Ansatzpunkte zur Herleitung von Informationspflichten.....	351

bb) Systematisierung (bewegliches System).....	355
c) Besondere Aufklärungspflichten des Kartenherausgebers?	356
aa) Die bei den Kartenherausgebern vorhandene Information und das Dauerschuldverhältnis als Grundlage möglicher vertraglicher Aufklärungspflichten	356
bb) Vorhandene eigene Information und Vertrauen des Kunden als einschränkendes Korrektiv im Hinblick auf vertragliche Informationspflichten	358
(1) Informationspflicht hinsichtlich der Rückzahlungsverpflichtung	358
(2) Informationspflicht hinsichtlich der Ausgestaltung des Kredits	359
(a) Nachteile des Kartenkredits und deren Erkennbarkeit....	359
(b) Informationspflicht trotz vorhandener Informationen beim Vertragspartner: Vergleich des Kartenkredits mit Lebensversicherungs- und „Idealkredit“	360
(3) Informationspflicht hinsichtlich der Verführungswirkung der Karte selbst	363
(4) Informationspflicht aufgrund möglicher Strafbarkeit nach § 266b StGB.....	365
cc) Zwischenergebnis.....	365
d) Besondere Aufklärungs- und Beratungspflichten bei der Ausgabe von Kreditkarten ohne direkte Anbindung an das Girokonto und bei Kundenkarten?	366
e) Besondere Verhaltenspflichten des Dispositionskreditgebers wenn der Kreditnehmer die Kreditkarte eines anderen Instituts erhält?.....	367
f) Besondere Pflichten bei Karten- und Dispositionskrediten in kritischen Phasen	367
IV. Ergebnis zur Frage des Schutzes aufgrund vertraglicher Verhaltenspflichten der Verfahrensbeteiligten	370
1. Geringe Eignung vertraglicher Verhaltenspflichten zum Schutz vor einer verstärkten Verschuldung und Überschuldung der Karteninhaber.....	370
2. Lösung: Verstärkung des gesetzlichen Informationsschutzes.....	374
§ 5 Ergebnisse und Vorschläge	376
A. Zusammenfassung des Gefährdungspotentials und der bestehenden Schutzinstrumente.....	376
B. Vorschläge zur Schutzintensivierung	380
I. Standardisierter Warnhinweis	380
II. Information hinsichtlich der vorzeitigen Rückzahlung und des aktuellen Kontostandes sowie Servicenummer zur Kontostandsabfrage	382
III. Kostentransparenz.....	384

Inhaltsverzeichnis	19
1. Übersichtlichkeit aufgrund vorgeschriebener Tabellenform	384
2. Gesamtbetragsangabepflichten	384
IV. Untergrenzen für Mindestraten	385
V. Verortung der unterbreiteten Vorschläge im geltenden Gesetzesrecht.....	386
Literaturverzeichnis	387
Anhang	
Beispiele für Informationstabellen auf Kartenanträgen (erforderlich nach 15 U.S.C.A. § 1637 (c) bzw. Regulation Z § 226.5a):.....	405
Stichwortverzeichnis.....	407

Abkürzungsverzeichnis

1st Cir.	United States Court of Appeals for the 1st Circuit
A.(2d)	Atlantic Reporter (2. Serie)
a.E.	am Ende
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Amex	American Express
Anm.	Anmerkung
App.	Court of Appeals (oder Appellate Court)
APR	Annual Percentage Rate
Ark.	Arkansas (Supreme Court)
B.R.	Bankruptcy Reporter
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BdB	Bundesverband der deutschen Banken
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHA	Bankcard Holders of America
Bkrcty	United States Bankruptcy Court
BMJ	Bundesminister der Justiz
BörsG	Börsengesetz
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BRAK-Mitt.	Mitteilung der Bundesrechtsanwaltskammer
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
ca.	circa
C.C.P.A.	Consumer Credit Protection Act
Cal.	California
cert. den.	certiorary denied
CFR	Code of Federal Regulations
Cir.	Circuit
Cong.	Congress
Corp.	Corporation
C.C.M.	Credit Card Management
Ct.	Court
Cum. Supp.	Cumulative Supplement

D.	District oder District Court
D.C.	District of Columbia
DB	Der Betrieb
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
Diss.	Dissertation
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband
Edc	european debit card
EFTPOS	electronic fund transfer at point of sale
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
F.2d	Federal Reporter (zweite Serie seit 1924)
F.Supp.	Federal Supplement
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDCPA	Fair Debt Collection Practices Act
ff.	fortfolgend(e)
Fla.	Florida
FLF	Zeitschrift für Finanzierung-Leasing-Factoring
Fn.	Fußnote
FRD	Federal Rules Decisions
FS	Festschrift
GDP	Gross Domestic Product
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GM	General Motors
GZS	Gesellschaft für Zahlungssysteme
h.M.	herrschende Meinung
H.R.	House of Representatives
HaustürWG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften
i.d.R.	in der Regel
IFF	Institut für Finanzdienstleistungen
Ill.	Illinois
InsO	Insolvenzordnung
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen-Zeitung
Kan.	Kansas
KG	Kammergericht
Klausel-Richtlinie	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5.4.1993, ABl. Nr. L 95 vom 21.4.1993, S. 29 ff.
KO	Konkursordnung
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
L.Ed. (2d)	Lawyer's Edition, United States Supreme Court Reports (zweite Serie seit 1956)
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichts- hofs in Zivilsachen
Mass.	Massachusetts
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Minn.	Minnesota

Mio	Millionen
Mrd.	Milliarde(n)
N.D.	Northern District
N.E. (2d)	North Eastern Reporter (2. Serie)
N.W. (2d)	North Western Reporter (2. Serie)
N.Y.S. (2d)	New York Supplement (2. Serie)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
Nw.	Nachweis
Nwe.	Nachweise
Nwen.	Nachweisen
OLG	Oberlandesgericht
P (2d)	Pacific Reporter (2. Serie)
p.a.	per annum
PAngV	Preisangabenverordnung
pFV	Positive Forderungsverletzung
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
POS	point of sale
Pub. L.	Public Law
RabattG	Rabattgesetz
RabelZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel
Rdnr.	Randnummer
Reg. E	Regulation E
Reg. Z	Regulation Z
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rptr.	Reporter
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite oder Senate
S.Ct.	Supreme Court Reporter
S.D.	Southern District
SCHUFA	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung
Sec.	Section
Sess.	Session
Sonderbeil.	Sonderbeilage
Stat. Abstr.	Statistical Abstract of the United States
StGB	Strafgesetzbuch
Sup.	Supreme Court
S.W.	South Western Reporter
T&E	Travel and Entertainment
TiLA	Truth in Lending Act
U.C.C.	Uniform Commercial Code
U.C.C.C.	Uniform Consumer Credit Code
U.S.	United States Supreme Court Reports
U.S.C.	United States Code
U.S.C.A.	United State Code Annotated
USA	United States of America
v.	versus
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz

Verbrauchercredit-Ril.	Verbraucherkreditrichtlinie
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
vpK	verbraucherpolitische Korrespondenz
VuR	Verbraucher und Recht
VW	Versicherungswirtschaft
VZ	Verbraucherzentrale
WM	Wertpapiermitteilungen
WpHG	Wertpapier Handelsgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuB	Wirtschafts- und Bankrecht
z.T.	zum Teil
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZugabeVO	Zugabeverordnung

§ 1 Problemstellung, rechtliche und rechtstatsächliche Grundlagen

A. Einführung

I. Problemstellung

Die folgende Untersuchung beschäftigt sich mit dem Thema der Verbraucherverschuldung bei kartengestützten Zahlungssystemen. Es fragt sich, ob Kreditkarten und andere Kartenprodukte in besonderem Maße die Gefahr einer zunehmenden Konsumentenverschuldung hervorrufen und ob ggf. Gesetzgeber oder Rechtsprechung tätig werden sollten, um einer solchen Gefahr zu begegnen.

Die Frage des Verbraucherschutzes bei kartengebundenen Zahlungsmitteln¹ und der Verbraucherverschuldung allgemein ist von hoher Aktualität. Dies haben nicht zuletzt die umstrittenen² und bisher erfolglosen Bemühungen³ um den Entwurf eines Kreditkartengesetzes in der Bundesrepublik gezeigt. Die Kreditkartenverfahren werden nicht selten als Ursache zunehmender Verschuldung oder zumindest als Gefahr, eine solche Ursache zu werden, angesehen⁴. Dabei offenbart die politische Diskussion gewisse Informationsdefizite nicht nur im rechtlichen, sondern auch im rechtstatsächlichen Bereich⁵.

¹ Zum Problem des Kartenmißbrauchs vgl. Taupitz, Zivilrechtliche Haftung bei Kreditkartenmißbrauch, 1995. Siehe dazu auch unten, § 1 D. I. Ein weiterer verbraucherschutzrechtlich interessanter Aspekt ist die Frage des Datenschutzes, vgl. Klein, à la CARD 12/1991, 34, 37 ff. Siehe auch Donnelly, STORES December 1994, 36, ff.; Schöchle, S. 304 ff.

² Siehe etwa Schmidt in à la CARD 25/1990, 17 ff. und Blunck, Karten 1/1992, 26 f.

³ Vgl. die BT-Drucks. 12/1223 (30.9.1991), 12/6905 (25.2.1994). Zur Frage der Aufsicht über das Kreditkartengeschäft vgl. die BT-Drucks. 12/8078 (23.6.1994).

⁴ Siehe hierzu die BT-Drucks. 13/224 (17.1.1995) und 13/552 (15.2.1995). Erstere enthält die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbraucherverschuldung durch Kreditkartengeschäfte, letztere die Antwort der Bundesregierung. Vgl. auch BT-Drucks. 13/2097 (31.7.1995, Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen zur Cooperation von Bahn AG und Citibank, BT-Drucks. 13/1997). Vgl. insbesondere die Antworten Nr. 4, 5, 7 und 8.

⁵ Besonders die Antwort der Bundesregierung in BT-Drucks. 13/552 (22.01.1995) macht deutlich, daß über das Problem bisher keine oder nur geringe Erkenntnisse vorliegen. So wird z.B. die Zahl der Anfang 1995 ausgegebenen Kreditkarten fälschlicherweise mit „derzeit über 7 Millionen“ angegeben, vgl. a.a.O. Nr. 6, siehe aber unten, § 1 B. I. 2. Informationen zur gleichen Problematik in den USA liegen der Bundesregierung offensichtlich nicht vor, vgl. a.a.O., Nr. 3, siehe aber § 1 B. I. 3. Kreditkartenschulden werden nur als Bestandteil der Schulden auf den Girokonten angese-

Während in anderen Staaten Kreditkartengesetze erlassen wurden, um Rechte und Pflichten der Beteiligten am Kreditkartenverfahren zu regeln⁶, beurteilen sich die rechtlichen Fragen in der Bundesrepublik weiterhin nach den allgemeinen Regelungen⁷.

Die Eignung dieser Regelungen zur Verhinderung einer zunehmenden Verbraucherverschuldung soll geprüft werden.

Es fragt sich, ob es eines spezifischen Verbraucherschutzes vor Überschuldung im Hinblick auf die neuartigen kartengebundenen Zahlungs- und Kreditmittel in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik bedarf. Daß diese Frage gestellt und beantwortet werden muß, verdeutlicht eindringlich der Bericht der europäischen Kommission zur Anwendung der Verbraucherkreditrichtlinie. In diesem heißt es: „Der Verbrauchercreditmarkt befindet sich in ständiger Weiterentwicklung und seine Beteiligten und Verfahren haben sich in den 80er Jahren erheblich verändert. Um es vereinfachend auf eine griffige Formel zu bringen, könnte man sagen, daß die Kreditkarte das Teilzahlungsgeschäft abgelöst hat“⁸.

II. Gang der Darstellung

Um sich dem Problem zu nähern, ist zunächst eine Darstellung der derzeitigen Situation auf dem deutschen (Kredit-) Kartenmarkt notwendig. Um eine Prognose der zu erwartenden Entwicklung wagen zu können, wird vergleichend auf die entsprechenden Zahlen für den amerikanischen Markt eingegangen⁹.

hen, vgl. a.a.O., Nr. 1. Dabei wird das Problem des Cross Selling und der Umschuldung überzogener Giro- und Kreditkartenkonten in Ratenkreditverträge übersehen, vgl. § 1 C. I. 2., und vernachlässigt, daß drei der sechs größten Kartenherausgeber Karten mit Teilzahlungsoption auf einem eigenen Kartenkonto anbieten, vgl. § 1 B. I. 2. e) bb). Kartenschulden sind daher nicht nur in den Schulden auf Girokonten enthalten. Die Antwort a.a.O. Nr. 5 läßt vermuten, daß die Frage der Anwendbarkeit des VerbrKrG auf die einzelne Kreditinanspruchnahme mittels einer Kreditkarte, die überwiegend verneinend beantwortet wird, nicht gesehen wird. Zu diesem Problem § 4 B. I. 2. Letztendlich scheint keine Marktbeobachtung stattzufinden, da nach der Antwort a.a.O. Nr. 6 a.E. davon auszugehen ist, daß die massiven Marketinganstrengungen zum Absatz der Karten an Studenten, vgl. § 1 B. I. 2. e) aa), nicht registriert wurden.

⁶ Siehe den Abdruck einer Übersetzung des dänischen Kreditkartengesetzes in Karten, 1/1992, 29 f.

⁷ Dies beklagen etwa v.Usslar/v.Morgen, S. 61 ff. und 84 ff. insbesondere im Hinblick auf das Fehlen spezieller Regelungen im VerbrKrG und unter Hinweis auf die Entwicklung in anderen Staaten, etwa den USA. Zu den auf die Kreditkartenverträge anwendbaren Regelungen siehe unten, § 1 B. II.

⁸ KOM(95) 117 endg. vom 11.5.1995, Rdnr. 4. Kurzzusammenfassung des Berichts bei Scholz, EWS 1995, 357 ff.

⁹ Bisher haben die Verhältnisse in den USA in bezug auf den Konsumentenkredit diejenigen in der Bundesrepublik um jeweils 10 bis 20 Jahre vorweggenommen, vgl. Reifner, § 47 Rdnr. 26.

Nach einem kurzen allgemeinen Überblick über die einzelnen Verträge im Rahmen der Kartenverfahren¹⁰ und die auf sie anwendbaren Regelungen in Deutschland wird die Verschuldung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik erörtert. Um die Situation in Deutschland besser verstehen zu können, werden danach die entsprechenden Studien zur Lage in den USA, dem Ursprungsland der Kreditkarten¹¹, vorgestellt¹².

Es folgt die Analyse des Gefährdungspotentials der kartengebundenen Zahlungsmittel bezüglich einer Zunahme der Verbraucherschuldung.

Hiervon ausgehend wird untersucht, ob und inwieweit auf weitere rechtliche Schutzinstrumente einzugehen ist, obwohl ein gewisser Schutz des Verbrauchers durch das Vollstreckungsrecht gewährleistet wird, der sich nach dem Inkrafttreten der neuen InsO 1999 noch intensivieren wird¹³. Hierbei wird vergleichend auf das Schutzniveau des amerikanischen Bankruptcy Code eingegangen. Im Anschluß erfolgt die Untersuchung von früher ansetzenden Schutzinstrumenten, wie eines aufsichtsrechtlichen Eingreifens, der Kontrolle von Vertragsbestimmungen und Zinssätzen, der Information aufgrund vertraglicher und gesetzlicher Aufklärungspflichten und der Gewähr von Widerrufsmöglichkeiten.

Zum Abschluß der Arbeit werden die Ergebnisse zusammengefaßt und Vorschläge zu einer praktikablen Verbesserung des Verbraucherschutzes gemacht.

Dies zeigt sich insbesondere bei dem zu beobachtenden Einstellungswandel zu Konsum und Verschuldung, siehe unten, § 1 C. I. 2.

¹⁰ Wird hier und im folgenden von Kartenverfahren gesprochen, so ist dies als Oberbegriff zu verstehen. Vgl. § 1 B. I. 2. a) und b) zu den verschiedenen Kartenarten.

¹¹ Zur Geschichte und Entwicklung des Kreditkartenverfahrens siehe § 1 B. I. 1.

¹² In der Bundesrepublik wird die Verbreitung der Kreditkarten und die auf Kreditkarten zurückzuführende Verschuldung privater Haushalte staatlicherseits nicht beobachtet (vgl. aber die in diese Richtung gehende Kleine Anfrage BT-Drucks. 13/224 (17.1.1995) unter Punkt 1). Dies ist in den USA anders. Die Probleme der Kreditkartenverfahren sind dort erkannt, werden von staatlichen Stellen beobachtet und im Kongreß diskutiert. Hierzu vgl. § 3 C. II. (Diskussion über Zinsobergrenzen); § 3 A. II. (Staatliche Aufsicht und Berichterstattung gegenüber dem Kongreß) und § 4 B. II. 5. (Erweiterung der gesetzlichen Informationspflichten der Kartenherausgeber).

¹³ Gem. Artikel 110 Abs. 1 des EGInsO vom 5.10.1994, BGBl. I, S. 2911, tritt die InsO am 1.1.1999 in Kraft.